

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 11/2016

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 05.12.16 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr
13:35 Uhr bis 16:15 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung Oberbürgermeister Dr. Müller

SPD:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat Stadtrat	Dr. Caroli Dreyer Hirsch Kleinschmidt
------	--	--

CDU:	Stadtrat vertritt Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Burger Wilfried Wille Dörfler Rompel Schweickhardt
------	--	--

Freie Wähler:	Stadträtin Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Deusch Girstl Llombart Roth
---------------	--	--------------------------------------

Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat Stadträtin	Täubert Waldmann
------------------------	------------------------	---------------------

FDP:	Stadtrat	Uffelmann
------	----------	-----------

Linke Liste Lahr	Stadtrat	Oßwald
------------------	----------	--------

entschuldigt fehlen:	Stadtrat Stadtrat	Wille vertreten durch Burger
----------------------	----------------------	---------------------------------

Protokollführung:	Frau Frau	Förg Stolz
-------------------	--------------	---------------

Zuhörende: 3

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2016 bis 2020

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017 und weist auf die Tischvorlage „Ergänzende Unterlagen zum Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2017“ hin. Er schlägt vor, wie in den vorangegangenen Jahren zu verfahren.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass er wie bereits in seiner Haushaltsrede versichert, an dem aufgestellten Finanzierungs- und Entschuldungskonzept festhalten möchte. Er betont, dass zum einen die günstigen externen Umstände (mehr Zuweisungen, Zuschüsse und höhere Steuereinnahmen) und zum anderen die eigenen Sparanstrengungen (Erhöhung der Grundsteuer B und der Vergnügungssteuer) dazu beigetragen hätten, dass die bislang geplante Nettoneuverschuldung von 25,4 Millionen Euro auf 15,6 Millionen Euro (Stand: Beginn der Haushaltsberatungen) reduziert werden konnte. Er erinnert an den getroffenen Entschluss, dass bis zur Landesgartenschau 2018 nur jeweils eine größere Maßnahme in den Stadtteilen vollzogen werden solle.

Er bittet die Fraktionen um Ihre Stellungnahmen und eröffnet die Aussprache. Er übergibt das Wort an Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD-Fraktion:

Durch die guten volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, wie bereits in zurückliegenden Jahren, insbesondere durch die zu erwartenden steigenden Einnahmen entspannt gewesen.

Das sorgfältige und situationsgerechte Arbeiten der Verwaltung und des gesamten Gemeinderates in den vergangenen Jahren sehe er als positiv an. Entscheidungen seien immer mit Augenmaß getroffen worden. Solide und vorsichtig angesetzte Haushalte hätten dafür gesorgt, dass zum einen große Investitionen möglich gewesen wären und zum anderen Schulden zurückgeführt hätten werden können. Auch die Entwicklung der Zuführungsrate stimme ihn positiv. Die geplante Rücklagenentnahme 2016 sei nicht benötigt worden, was sich wiederum positiv auf den Haushalt 2017 auswirke. Grundsätzlich sei Haushaltsdisziplin zu wahren, weswegen die SPD-Fraktion erfreut über den aktuellen Stand der geplanten Nettoneuverschuldung in Höhe von 15,6 Millionen Euro sei. Er hoffe, dass die Neuverschuldung weiter reduziert werden könne.

Stadtrat **Kleinschmidt** sei zuversichtlich, dass der städtische Haushalt die großen geplanten Investitionen leisten könne. Die SPD-Fraktion unterstütze die Jahrhundert-Chance der Landesgartenschau und freue sich über die städtebauliche Entwicklung der Stadt. Neben den großen Projekten würde den Verpflichtungen im Schulwesen und der Kinderbetreuung dennoch nachgekommen werden. Wichtig sei, dass die Investitionen in der gesamten Stadt voranschreiten. Alle Entscheidungen seien im Finanzplanungszeitraum zu betrachten. Die gewünschten Maßnahmen der SPD wie zum Beispiel Investitionen in den Schulen, der Kinderbetreuung, für das Radwegenetz und das Museum sowie energetische Sanierungen seien im Haushaltsplanentwurf enthalten.

Stadtrat **Kleinschmidt** bittet die Verwaltung erneut um eine Grobschätzung der notwendigen Investitionen für die Herstellung von Behindertentoiletten in den städtischen Hallen, welche bereits im Februar 2015 beantragt worden sei.

Die SPD-Fraktion möchte sich zusätzlich für Projekte einsetzen, bei denen von Gruppen und Vereinen deutliche Eigenleistungen erbracht werden. Es sollen Mittel für das Aufstellen eines Spielgerätes in Mietersheim, für touristische Verbesserungen in der Hammerschmiede und für einen Rasenplatz in Kuhbach/Reichenbach bereitgestellt werden. Zudem solle die Umgestaltung der Dorfmitte Sulz vorangetrieben werden.

Abschließend bedankt sich Stadtrat **Kleinschmidt** bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des ausgewogenen Haushaltsentwurfs. Die Stadt Lahr hätte in den letzten Jahren verantwortungsbewusst und nachhaltig gewirtschaftet und sei stets handlungsfähig und handlungsbereit gewesen. Die SPD-Fraktion sei überzeugt, dass der Gemeinderat und die Verwaltung dafür arbeiten ein zukunfts- und wettbewerbsfähiges Lahr zu gestalten.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Stadtrat **Dörfler** könne den Ausführungen der SPD-Fraktion grundsätzlich zustimmen. Oberste Priorität sei es, die geplante Nettoneuverschuldung zu halten. Aus seiner Sicht umfasse die Neuverschuldung den Bau der neuen Sporthalle, der eine wichtige Investition in die Zukunft sei. Alle anderen Investitionen könnten durch die laufende Verwaltung finanziert werden. Die CDU-Fraktion sei allerdings grundsätzlich vorsichtig mit dem Ansatz zusätzlicher Mittel. Verbesserungen im Bereich der Sportplätze seien jedoch notwendig und würden von der Fraktion als zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen werden. Dabei sei wichtig, dass diese Mehrausgaben durch Kürzung von anderen Ausgaben gedeckt werden können.

Von besonderer Bedeutung sei auch das Schulsanierungsprogramm. Die ursprünglich angedachten Maßnahmen für 2017 seien verschoben worden, um Haushaltsreste aus dem Jahr 2016 abzubauen. Weitere Priorität sei die Einhaltung des Finanzierungs- und Entschuldungskonzeptes.

Stadtrat **Dörfler** zeigt sich zufrieden mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf und bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die gute Arbeit der Stadtkämmerei.

Stadtrat **Girstl** spricht für die Fraktion Freie Wähler:

Die gute Konjunktur schlage sich auch im Haushaltsplanentwurf 2017 deutlich nieder. Die Stadt Lahr profitiere in erheblichem Maße von der guten Wirtschaft. Die steuerlichen Prognosen seien weiter positiv, weshalb mit mehr Steuereinnahmen zu rechnen sei. Zahlreiche Einnahmen könnten jedoch nicht beeinflusst werden, daher sei es laut Stadtrat **Girstl** richtig gewesen, die Eigenfinanzierungskraft mit der Anhebung des Grundsteuerhebesatzes zu stärken.

Es sei deutlich, dass das Haushaltsjahr 2017 ein Jahr der Investitionen werde. Diese dynamische Entwicklung der Stadt sei auch spürbar. Wichtig sei, dass die Bürger in die Veränderungen miteinbezogen werden. Die Fraktion der Freien Wähler habe den Eindruck, dass die Bereitschaft der Bürger, diese rasante städtebauliche Entwicklung mitzutragen, schwinde. Deshalb müsse mehr Überzeugungsarbeit in Form von Informationsveranstaltungen geleistet werden.

Aufgrund der starken Investitionen und der dadurch wachsenden Aufgaben sei mehr Personal, insbesondere in den Kindertagesstätten, dem Gebäudemanagement und dem BGL, nötig. Dies sei besonders beim Abbau der Haushaltsreste spürbar.

Stadtrat **Girstl** betont, dass die Entscheidung, das Schulsanierungsprogramm für ein Jahr auszusetzen, richtig gewesen sei, um Haushaltsreste abzubauen. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts 2019 bedeutsam, da eine Übertragung von Haushaltsresten dann nicht möglich sei.

Die geplante Nettoneuverschuldung solle eingehalten werden. Stadtrat **Girstl** spricht sich deutlich für das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept aus. Die zukünftigen Haushalte sollen dadurch nicht stärker als notwendig belastet werden.

Es sei der politische Wille, dass der eingeschlagene Weg bei Bildung und Betreuung fortgesetzt werde.

Durch die Neuansiedlung von Firmen entstünden neue Arbeitsplätze. Auch die Wohnbevölkerung solle laut Prognosen weiter steigen, weshalb Investitionen in die Kinderbetreuung wichtig und erforderlich seien.

Es sei verständlich, dass nicht alle angemeldeten Maßnahmen umgesetzt werden können. Die Fraktion der Freien Wähler habe jedoch den Eindruck, dass die Stadtteile im vorliegenden Haushaltsplanentwurf benachteiligt wurden. Bei der Verteilung der Investitionen sei die Balance zu wahren. Stadtrat **Girstl** könne nicht verstehen, weshalb die Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau der Dorfmitte Sulz gestrichen worden sei.

Stadtrat **Girstl** macht deutlich, dass die Fraktion der Freien Wähler das ehrenamtliche Engagement unterstützen möchte. Deshalb solle der Wunsch des SC Kuhbach/Reichenbach, den Tennenplatz in einen Rasenplatz umzugestalten, erfüllt werden. Ebenso spricht sich Stadtrat **Girstl** für eine ortsfeste Bewässerungsanlage auf dem Sportplatz Langenwinkel aus. Außerdem solle

die Stube der Hammerschmiede in Reichenbach vergrößert werden.

Abschließend bedankt er sich bei der Verwaltung, insbesondere der Stadtkämmerei, für die hilfreiche Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadtrat **Täubert** das Wort:

Der Haushalt 2017 sei geprägt durch die Maßnahmen der Landesgartenschau und des Zukunftsinvestitionsprogrammes. Aus seiner Sicht würden die Stadtteile ebenso von diesen Investitionen profitieren. Die Fraktion der Grünen zeige sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf zufrieden. Als entscheidenden Unterschied zum Haushalt 2016 nennt Stadtrat **Täubert** die geplante Neuverschuldung, die sich von 25,4 Millionen Euro auf 15,6 Millionen Euro vermindert habe. Dies sei nur durch eigene Anstrengungen möglich gewesen. In diesem Zusammenhang betont er auch die Bedeutung des Finanzierungs- und Entschuldungskonzeptes. Ziel der Haushaltsberatungen aus Sicht der Fraktion der Grünen sei es, dass bis 2020 keine größeren Maßnahmen in die Finanzplanung aufgenommen werden.

Von großer Bedeutung seien die bereits beschlossenen mehrjährigen Maßnahmenprogramme, wie beispielsweise das Klimaschutzkonzept, das Rad- und Fußwegekonzept und das Schulsanierungsprogramm. Das Klimaschutzkonzept sei mit ausreichend Maßnahmen im Haushalt berücksichtigt. Beim Rad- und Fußwegekonzept solle ein Zeichen gesetzt werden, dass auch in die Fußwege investiert werde. Die Fraktion der Grünen werde deshalb den Antrag stellen, dass die Gehweganlage Bottenbrunnenstraße von 2018 in das Jahr 2017 vorgezogen werde. Die Verschiebung der Maßnahmen des Schulsanierungsprogramms werde mitgetragen, da die Arbeitskapazitäten der Verwaltung nicht ausreichend seien.

Die Fraktion der Grünen werde im Laufe der Haushaltsberatungen beantragen, dass ein Zuschuss für das Frauenhaus sowie ein Zuschuss für das Buchprojekt „Lahr erzählt“ gewährt werden. Außerdem sollen Mittel für die zusätzliche Erläuterung von Straßenschildern bereitgestellt werden.

Stadtrat **Uffermann** spricht für die FDP-Fraktion:

Stadtrat **Uffermann** verweist auf die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf denen der Haushaltsplanentwurf 2017 habe aufgebaut werden können. Die Prognosen seien weiterhin positiv. Vor allem die Gewerbesteuer, die die Wirtschaftskraft einer Kommune spiegelt, liege konstant hoch, was erfreulich sei. Die Stadt Lahr befände sich demnach in einer durchaus komfortablen Haushaltssituation.

Die jetzige finanzielle Situation ließe es daher zu, dass die Landesgartenschau sowie die damit verbundenen Zukunftsinvestitionen ohne größere Bauchschmerzen gestemmt werden könne. Finanziell machbar sei auch die Herrichtung der gesamten Kreuzstraße. Stadtrat **Uffermann** merkt an, dass die FDP-Fraktion zu den entsprechenden Mehrheitsbeschlüssen im Gemeinderat stehe. Die Fraktion begrüße außerdem, dass eine Investition in das Foyer der Stadthalle erfolgen werde, da es absehbar sei, dass der Bau einer neuen Stadthalle in naher Zukunft nicht möglich sei. Das Investitionsvolumen für diese beiden Maßnahmen sei allerdings beachtlich. Deshalb seien aus

Sicht der FDP-Fraktion 2017 keine weiteren größeren Maßnahmen leistbar, da diese nur durch eine weitere Neuverschuldung möglich wären.

Die Kehrseite der enormen Investitionen vor allem auch für die Landesgartenschau sei, dass eine Neuverschuldung nicht vermieden werden könne. Um weiterhin genehmigungsfähige Haushalte zu haben, solle laut Stadtrat **Uffelmann** die Neuverschuldung auf maximal 16 Millionen Euro begrenzt werden. In diesem Zusammenhang komme dem Finanzierungs- und Entschuldungskonzept besondere Bedeutung zu, das konsequent einzuhalten sei.

Stadtrat **Uffelmann** mahnt an, dass bei der Einräumung neuer Stellen Vorsicht geboten sei. Es sei sicherlich einzuräumen, dass die Anforderungen an die Verwaltung gestiegen seien. Jedoch handle es sich um bleibende Ausgaben, die den Verwaltungshaushalt belasten würden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen.

Die Abstimmung zur Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2016 bis 2020 erfolgt zusammen mit den weiteren Beschlussvorschlägen zum Ende der Sitzung.

2. a) Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2017

Für die Vorberatung des Verwaltungshaushalts schlägt der **Vorsitzende** vor, den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen und erteilt Herrn **Wurth** das Wort. Herr **Wurth** weist darauf hin, dass die ausliegenden Unterlagen mit denen übereinstimmen, die am 01.12.2016 per E-Mail versandt worden seien. Auf die von Herrn **Wurth** gegebenen Verweise zur Änderungsliste III vom 01.12.2016 während der Sitzung wird im Protokoll nur bei Diskussion oder näheren Ausführungen eingegangen.

Anschließend ruft Herr **Wurth**, beginnend mit dem Verwaltungshaushalt auf S. 49, Seite für Seite des Haushaltsplanentwurfs auf.

Die einzelnen Haushalts(änderungs)anträge werden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Unterabschnitte und Haushaltsstellen betreffend) protokolliert.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0200 - Hauptverwaltung -

Stadtrat **Kleinschmidt** bittet um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 10.000 Euro unter der Haushaltsstelle 1.0200.700000 „Zuschüsse an Vereine und Verbände“. Diese sollen als Zuschüsse an Sport- und Kulturvereine e.V. für die Stellung von Brandsicherheitswachen bei Veranstaltungen dienen.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums zu diesem Antrag fest.

Herr **Wurth** macht darauf aufmerksam, dass verwaltungsseitig geprüft werde, ob die Vereinsförderrichtlinien anzupassen seien.

EINZELPLAN 1

Unterabschnitt 1100 - Abt. Öffentliche Sicherheit und Ordnung –

Stadtrat **Dörfler** spricht sich dafür aus, dass 2017 Verhandlungen mit dem Tierheim aufgenommen werden, um eine Lösung (auch mit den Umlandgemeinden) zu finden, die dem Tierheim zu einer dauerhaften Perspektive verhelfen.

Stadtrat **Dr. Caroli** schlägt vor, die Verantwortlichen einzuladen und die umliegenden Gemeinden einzubeziehen. Es sei Dringlichkeit gegeben, weshalb in den kommenden Monaten eine Beratung stattfinden solle.

EINZELPLAN 2

Stadtrat **Roth** weist grundsätzlich darauf hin, dass das Schulsanierungsprogramm für ein Jahr ausgesetzt werde, was die Fraktion mittrage. Er schlägt vor, den aktuellen Stand des bestehenden Schulsanierungsprogrammes Anfang 2017 im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

EINZELPLAN 3

Unterabschnitt 3660 - Denkmalpflege –

Stadtrat **Roth** erkundigt sich, ob der Betrag für das Monitoring des Storchenturms einmalig zu leisten sei.

Frau **Kabisch** erläutert, dass der Betrag nicht einmalig zu leisten sei. Die Entwicklung der Höhe des Betrages sei abzuwarten. Bisher war der Betrag jedoch bereits in der Unterhaltung enthalten.

Stadtrat **Roth** bittet um einen ausführlichen Bericht im technischen Ausschuss zu diesem Thema.

EINZELPLAN 4

Unterabschnitt 4310 - Treffpunkt Stadtmühle -

Stadtrat **Dörfler** bittet um Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 2.000 Euro für die Unterstützung des Buchprojektes „Lahr erzählt“.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums über diesen Antrag fest.

Unterabschnitt 4700 - Förderung der Wohlfahrtspflege -

Stadtrat **Hirsch** stellt den Antrag einmalig Mittel in Höhe von 5.000 Euro unter der Haushaltsstelle 1.4700.700000 für einen Zuschuss an den Verein „Frauen helfen Frauen Ortenau e.V.“ (Frauenhaus) bereitzustellen.

Nach einer kurzen Diskussion lässt der **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5620 - Sportplätze und -anlagen -

Herr **Wurth** führt aus, dass der Ansatz auf der Haushaltstelle 1.5620.500000 in der Änderungsliste erhöht worden sei. Diese betreffe die Gebäudeunterhaltung Klostermatten zur Dachsanierung.

Unterabschnitt 5711 - Freibad im Stadtteil Reichenbach -

Auch hier gibt Herr **Wurth** zur Haushaltstelle 1.5711.500000 den Hinweis auf die Änderungsliste. Hier gehe es um die Sanierung der Warmwasserduschen im Bereich der Gebäudeunterhaltung.

EINZELPLAN 6

Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen -

Stadtrat **Döfler** erkundigt sich wegen Maßnahmen zur Parkhausein- und -ausfahrt. Diese befinde sich seit längerer Zeit in einem desolaten Zustand. Der Straßenbelag solle erneuert werden. Die Maßnahme sei bisher verschoben worden. Die Kosten schätze er auf ca. 15.000 Euro ein. Hierfür stelle die CDU einen Antrag. Herr Kleinthomä habe bisher das notwendige Personal seitens des BGLs gefehlt. Inzwischen würden genügend Mitarbeiter zur Ver-

fügung stehen. Allerdings stelle der Ablauf der Sanierungsmaßnahme Probleme dar in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Betriebes vom Parkhaus. Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass unterjährig im Jahr 2017 eine Vorlage von der Verwaltung erstellt werde und dann über Mehrausgaben beschlossen werde. Das **Gremium** entspricht dem Vorschlag zur Einbringung einer unterjährigen Beschlussvorlage in 2017.

EINZELPLAN 7

Unterabschnitt 7673 - Sport- und Festhalle im Stadtteil Kuhbach -

Stadtrat **Kleinschmidt** sei vom Ortsvorsteher in Kuhbach über eine defekte Kühlanlage in der Sport- und Festhalle in Kuhbach informiert worden. Die Kosten betragen ca. 5.000 Euro. Hierfür stelle die SPD einen Antrag. Stadträtin **Deusch** merkt an, dass eine Vermietung der Sport- und Festhalle weiterhin stattfinden könne. In anderen Hallen werden die Kühlsysteme von den Getränkelieferanten angemietet.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

EINZELPLAN 8

Unterabschnitt 8800 - Allgemeines Grundvermögen -

Für den Kindergarten Hugsweier seien Mittel in Höhe von 6.000 Euro beantragt worden, welche im Zuge der Planung entfielen. Stadtrat **Schweickhardt** stelle hierfür erneut einen Antrag, um einen behindertengerechten Eingang zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

EINZELPLAN 9

Unterabschnitt 9000 - Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen

Herr **Wurth** verweist auf die Änderungsliste. Die Änderungen beruhen auf dem Haushaltserlass 2017 des Landes. In Summe ergebe sich eine Verbesserung um 2.300.000 Euro.

Stadtrat **Dörfler** fragt nach, ob die Erhöhung der Hundesteuer berücksichtigt wurde, da der Ansatz zum Vorjahr unverändert geblieben sei. Herr **Singler** erläutert, dass die Neuregelung nur für neue Hunde und nicht für bereits registrierte Hunde gelte. Zudem komme es zu einer geringeren Steuer für die gefährlich eingestuften Hunde. Insofern werde es zu keiner nennenswerten Veränderung der Einnahmen kommen.

Unterabschnitt 9100 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft -

Zu Sitzungsbeginn wurde mit einer Zuführungsrate zum Vermögenshalt in Höhe von 8.784.360 Euro gestartet. Die neue Zuführung zum Vermögenshaushalt aufgrund der heute beschlossenen Änderungen betrage laut Herrn **Herzog** 8.756.360 Euro. Dies entspreche einer Veränderung um 28.000 Euro.

b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2017

Bei der Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2017 ruft der stellvertretende Stadtkämmerer **Wurth** ebenfalls „Seite für Seite“ des Vermögenshaushaltes auf. Auch im Vermögenshaushalt wird auf die von Herrn **Wurth** gegebenen Verweise zur Änderungsliste III vom 01.12.2016 während der Sitzung im Protokoll nur bei Diskussion oder näheren Ausführungen eingegangen.

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2119 - Grundschule im Stadtteil Mietersheim -

Stadtrat **Kleinschmidt** führt aus, dass hier der Aufbau von Spielgeräten beantragt worden sei. Die Spielgeräte seien der Grundschule gespendet worden. Ursprünglich seien hierfür Mittel in Höhe von 15.000 Euro beantragt worden, welche in der Planung gestrichen worden seien. Zwischenzeitlich habe sich die Firma Hopp bereit erklärt in Zusammenarbeit mit einigen Elternteilen den Aufbau der Spielgeräte zu übernehmen. Der Kostenrahmen bewege sich zwischen 3.000 Euro und 5.000 Euro. Um dem ehrenamtlichen Engagement gerecht zu werden, stelle die SPD einen Antrag in Höhe von 5.000 Euro. Der Aufbau würde in Abstimmung mit der Abteilung für Öffentliches Grün erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

EINZELPLAN 3

Unterabschnitt 3660 - Denkmalpflege -

Stadtrat **Girstl** beantragt für den Umbau der Hammerschmiede einen Mittelansatz in Höhe von 40.000 Euro für das Jahr 2017 und eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2018 in Höhe von ebenfalls 40.000 Euro. Der Verein betreibe die Hammerschmiede mit großem Engagement. Die Umbaumaßnahmen seien seit einigen Jahren verschoben worden. Stadtrat **Kleinschmidt** bekräftigt den Antrag. Er merkt an, dass sich ein Architekt bereit erklärt habe, ehrenamtlich den Umbau zu unterstützen. Hierdurch könne die Stadt Kosten in Höhe von 50.000 Euro einsparen. Somit würde die Maßnahme nicht 130.000 Euro betragen, sondern insgesamt 80.000 Euro. Stadtrat **Täubert** möchte eine Vorlage zur Maßnahme. Frau **Kabisch** erläutert, dass der Baugrund am Wasser liege und die Maßnahme nicht mit 50.000 Euro

realisiert werden könne. Nach einer ausgiebigen Diskussion ruft der **Vorsitzende** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5620 - Sportplätze und -anlagen -

Stadtrat **Kleinschmidt** teilt mit, dass der Sportplatz Kuhbach einen neuen Rasenplatz anlegen möchte. Die Kosten hierfür würden sich nach Einschätzung der Verwaltung auf ca. 270.000 Euro belaufen. Nach Abzug der zu erwartenden Bauzuschüsse vom Sportbund, Eigenleistung und weiterer Sponsoren ergebe sich ein Betrag in Höhe von 175.000 Euro, welcher von der SPD beantragt werde. Stadtrat **Dörfler** stelle sich die Frage über die Unterhaltungskosten und ob ein Kunstrasen nicht besser geeignet wäre. Nach einer ausgiebigen Diskussion ruft der **Vorsitzende** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Stadtrat **Schweickhardt** macht darauf aufmerksam, dass die Sanierung der Anlage für die Leichtathleten Hugsweier seit ca. 20 Jahren anstehe und die Maßnahme immer wieder verschoben worden sei. Inzwischen betrügen die Kosten hierfür ca. 90.000 Euro. Der Ortschaftsrat würde seine Strukturverbesserungsmittel in Höhe von 7.350 Euro für die Maßnahme zur Verfügung stellen. Er beantrage die verbleibenden 82.650 Euro für das Jahr 2017. Die Verwaltung habe lt. Herrn **Wurth** die Maßnahme für das Jahr 2018 eingeplant, da im Jahr 2019 das Jubiläum anstehe. Stadtrat **Dörfler** schlägt vor, die Maßnahme im Jahr 2018 zu vollziehen und einen regulären Antrag auf Zuschüsse des Sportbundes zu stellen. Stadtrat **Hirsch** gibt an, dass die Sprunggrube im Jahr 2017 mithilfe der Strukturmittel vorab vollzogen werden könne. Das **Gremium** spricht sich für die verbindliche Durchführung der Gesamtmaßnahme in 2018 aus.

Stadträtin **Deusch** beantragt für den Sportplatz Langenwinkel eine automatische Bewässerungsanlage. Die Anlage wäre unter den gegebenen Umständen im kommenden Jahr nicht mehr nutzbar. Die Kosten für die Maßnahme betrügen ca. 30.000 Euro. Stadtrat **Hirsch** möchte auch hierfür eine Konzeption und einen regulären Antrag beim Sportbund. Herr **Ott** teilt mit, dass ein Zuschuss in Höhe von ca. 9.000 Euro möglich sei. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Zuschüsse und den Eigenleistungen des Vereins korrigiert Stadträtin **Deusch** den Antrag auf 20.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

Unterabschnitt 5800 - Öffentliche Grünanlagen -

Stadtrat **Dörfler** beantragt für die CDU die Streichung des Ansatzes für Maßnahmen im Grünbereich/bauliche Verbesserungen in Höhe von 100.000 Euro. Er sehe keine Notwendigkeit für die Aufwertung und den Ausbau des Grünbereichs. Herr **Wurth** gibt an, dass nur die Kosten für das Jahr 2017 bei der Mittelanmeldung berücksichtigt seien. Dem Vorschlag, 300.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre einzustellen, sei nicht entsprochen worden. Herr **Sottru** führt aus, dass der Ansatz 2017 die Umwandlung der Verpflichtungsermächtigung aus dem Vorjahr sei. Die Mittel seien nur für die Aufbesserung, Instandhaltung und Ergänzungen der Stadtdurchgänge im gärtnerischen Bereich angedacht. Darüber hinaus seien noch die Planungskosten für die Stadteingänge enthalten. Darin nicht enthalten sei beispielsweise die Gestaltung der Stadteingänge. Bürgermeister **Peters** sehe den Ansatz als gerechtfertigt an. Darüber hinaus werde die Verwaltung eine Vorlage zur Gestaltung der Stadteingänge und den dazugehörigen Kosten zu gegebener Zeit einbringen. Im Gesprächsverlauf korrigiert Stadtrat **Dörfler** seinen Antrag, den Ansatz auf 50.000 Euro zu kürzen. Nach einer ausgiebigen Diskussion ruft der **Vorsitzende** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen
14	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Unterabschnitt 5820 - Kinderspielplätze -

Stadtrat **Uffelmann** und Stadtrat **Täubert** verlassen den Saal, sind jedoch vor der nächsten Abstimmung wieder zurück.

Stadtrat **Schweickhardt** fragt über die externe Jahresfeststellung zu den Mängeln an den Spielgeräten nach. Für den Stadtteil Hugsweier sei ein Antrag in Höhe von 25.000 Euro für einen Kletterturm mit Rutsche gestellt worden. Herr **Sottru** habe eine Abwägung der Dringlichkeit vorgenommen. Die verfügbaren Mittel hätten für die Maßnahme im Jahr 2017 leider nicht ausgereicht.

Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018

Herr **Wurth** verweist auf die Änderungsliste. Bei der Haushaltstelle 2.5850.987900 hätte sich die Zuführung gem. Erfolgsplan von 2.060.000 Euro zunächst auf 2.160.000 Euro erhöht. Neu hinzu kämen die Ausstellungsbeiträge für die Partnerstädte und Partner der Stadt Lahr (Partnergärten) mit 150.000 Euro. Somit ergebe sich ein Betrag in Höhe von 2.310.000 Euro.

EINZELPLAN 6

Unterabschnitt 6150 - Stadtsanierung -

Der **Vorsitzende** übergibt die Sitzungsleitung an den Ersten Bürgermeister **Schöneboom** und verlässt den Saal.

Herr **Wurth** verweist auf die Änderungsliste. Betroffen sei die Position für den Ausbau Fußgängerzone – Kreuzstraße u.a. – (2.6150.950600) mit einem Ansatz von bisher 710.000 Euro auf nun 1.120.000 Euro.

Stadtrat **Dörfler** fragt nach, warum die Zuschüsse für die Kita+ und der Sporthalle+ in der Hauptkasse vereinnahmt werden und nicht bei der LGS GmbH. Herr **Wurth** führt aus, dass die Einnahmen bei der Hauptkasse zu vereinnahmen wären, da die Stadt Antragssteller der Förderung sei.

Der **Vorsitzende** kehrt in den Saal zurück und übernimmt wieder die Sitzungsleitung. Stadtrat **Caroli** verlässt den Saal, ist aber zur Besprechung des nächsten Unterabschnitts wieder zurück.

Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen -

Stadtrat **Täubert** stellt einen Antrag für Zusatzschilder mit Ergänzungen zu den Straßennamen. Er beantragt einen Ansatz in Höhe von 2.000 Euro. Der **Vorsitzende** ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

Stadtrat **Täubert** weist darauf hin, dass die Maßnahme für die Bottenbrunnenstraße seit Jahren verschoben werde. Die Maßnahme sei in der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2018 inbegriffen. Er stelle den Antrag die Maßnahme ins Jahr 2017 vorzuziehen. Die Kosten der Maßnahme betragen 90.000 Euro. Herr **Kleinthomä** gibt an, dass die Maßnahme bereits durchgeplant sei und seit dem Jahr 2014 verschoben worden sei. Er befürworte die Durchführung im Jahr 2017. Der **Vorsitzende** ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

Stadtrat **Schweickhardt** merkt an, dass in Hugsweier einige Gehwege nicht befestigt seien, beispielsweise der Mühlweg. In der Planung sei der Antrag in Höhe von 21.000 Euro gestrichen worden. Er beantrage die Wiederaufnahme in den Haushaltsplan. Herr **Wurth** führt aus, dass die Investition aufgrund der hohen Anzahl an Investitionsmaßnahmen verschoben worden sei. Der **Vorsitzende** ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

12	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Stadtrat **Mauch** stellt den Antrag für eine Planungsrate im Jahr 2017 in Höhe von 80.000 Euro und der Wiederaufnahme der Verpflichtungsermächtigung in

Höhe von 950.000 Euro für den Ausbau der Ortsmitte Sulz. Er befürchte die Abwanderung wichtiger Unternehmen wie beispielsweise der Volksbank Lahr. Stadtrat **Hirsch** merkt an, dass die bestehenden Grundstücksprobleme geklärt werden sollten. Nach einer ausgiebigen Diskussion bittet der **Vorsitzende** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

Stadtrat **Dörfler** fragt nach, wie es mit der Maßnahme Brückenverbreiterung Gereutertalstraße/Badstraße aussehe. Er vermisse den Ansatz in Höhe von 205.000 Euro für die Brücke Gereutertalbach. Darüber hinaus stelle er sich die Frage, ob der Ausbau komplett bei der Kommune verbleibe oder nicht weitere Kostenträger hinzugezogen werden könnten. Herr **Kleinthomä** klärt darüber auf, dass es sich hierbei um zwei Maßnahmen handle, welche Stadtrat **Dörfler** anspreche. Zum einen gebe es die Maßnahme Brücke über den Gereutertalbach und zum anderen die Maßnahme Brückenverbreiterung Gereutertalstraße/Badstraße. Bei der Brücke über den Gereutertalbach handle es sich um die Brücke bei der Poche, welche abgebrochen und durch eine neue ersetzt werden müsse. Darüber hinaus habe sich die Firma Vogelbau bereit erklärt zwei Ausweichbuchten auf ihre Kosten zu errichten.

Der **Vorsitzende** übergibt die Sitzungsleitung an den Ersten Bürgermeister **Schöneboom** und verlässt den Saal.

EINZELPLAN 7

Unterabschnitt 7679 - Hallen, Gemeinschaftshäuser -

Herr **Wurth** verweist auf die Änderungsliste betreffend die Stadthalle zur Änderung des Foyers und des Außenbereichs. Diese seien mit einem Ansatz in Höhe von 570.000 Euro und einer Verpflichtungsermächtigung von 250.000 Euro berücksichtigt. Über den Umfang der Maßnahme entsteht im Gremium eine ausgiebige Diskussion.

Stadtrat **Girstl** verlässt kurz den Saal, ist aber zur Abstimmung wieder anwesend. Der **Vorsitzende** kehrt zurück und übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Stadtrat **Dörfler** stellt für die CDU den Antrag nur die Foyererweiterung mit einem Ansatz in Höhe von 645.000 Euro einzustellen. Davon wären dann laut Frau **Kabisch** 495.000 Euro für das Jahr 2017 und 150.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung zu veranschlagen. Der Ansatz in Höhe von 175.000 Euro für die Außenanlage solle gestrichen werden. Der **Vorsitzende** ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

9	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Herr **Wurth** bittet Herrn **Herzog** über das aktuelle Ergebnis der Haushaltsberatungen zu berichten.

Herr **Herzog** berichtet, dass sich die Darlehensaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen von 8.772.540 Euro (Stand: gedruckter Entwurf unter Berücksichtigung der Änderungslisten vom 18.11.2016, 29.11.2016 und 01.12.2016) auf 9.228.540 Euro erhöht habe. Dies entspreche einer Steigerung um 456.000 Euro. Das Volumen im Vermögenshaushalt habe zu Beginn der Sitzung 42.172.800 Euro betragen und hätte sich unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen auf 42.600.800 Euro erhöht. Mittelfristig habe sich die Darlehensaufnahme für den Zeitraum von 2016 bis 2020 von 15.603.000 Euro auf 15.909.000 Euro erhöht.

Damit habe der Haushalt ein Gesamtvolumen in Höhe von 159.652.000 Euro, wovon 117.051.200 Euro auf den Verwaltungshaushalt und 42.600.800 Euro auf den Vermögenshaushalt entfallen.

Der **Vorsitzende** lässt das Gremium über die folgenden Vorschläge der Verwaltung insgesamt abstimmen:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Ermittlung des Haushaltsvolumens entsprechende geringfügige Korrekturen vorzunehmen.

Der vorgelegte Investitions- und Finanzierungsplan für die Jahre 2016 bis 2020 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

16	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2017

- a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr
- b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
- c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das Gremium damit einverstanden sei, dass über die Wirtschaftspläne 2017 der Eigenbetriebe der Stadt insgesamt abgestimmt werden könne. Es wird über folgenden Beschlusstenor abgestimmt:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2017 für die Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr sowie Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

II. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

- | | |
|-----------------|--|
| 326/2016
201 | 1. Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- Stadt Lahr als Spendenempfänger - |
|-----------------|--|

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- | | |
|----|---|
| 2. | Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2016 |
|----|---|

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2016 wird zur Kenntnis genommen.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 05.12.2016

Vorsitzender

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin